

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/106

Bonn, den 7. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>John F. Kennedy - Martin Luther King - Robert Kennedy</u> Wegbereiter einer besseren Zukunft	49
2	<u>Herr Heck und sein "begrenzter Konflikt"</u> Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD	52
5 - 6	<u>Erneutes Angebot zur Verständigung</u> Von Ernst Paul, MdB Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-Gemeinde	68
5 - 6	<u>I s r a e l</u> Der Kibbuz bringt in die Industrie vor Von unserem Korrespondenten in Israel, J.E. Falman	95

\* \* \*

John F. Kennedy - Martin Luther King - Robert Kennedy

---

Wegbereiter einer besseren Zukunft

G.M. - Die Ermordung von Robert Kennedy hat ebenso wie die Ermordung seines Bruders und die des Wegereführers Martin Luther King die ganze Welt in Schrecken und Niedergeschlagenheit versetzt. Angesichts dieser ruchbaren Taten stellen sich viele Menschen die Frage, ob die Tragik des gewaltsamen Todes ihren dramatischen Ausdruck nur dadurch findet, daß man an den e i n e n , den ermordeten Menschen denkt, oder ob nicht in dem Schicksal dieses e i n e n Menschen die Tragik der Menschheit überhaupt zu sehen ist.

Es scheint, als seien mit der Ermordung führender politischer Persönlichkeiten auch deren Ideen zutiefst verletzt worden. Die Niedergeschlagenheit und die tiefe Trauer angesichts des gewaltsamen Todes erfaßt aber nicht nur die Freunde des Getöteten, nicht nur seine Anhänger und Mitstreiter im Kampf der Ideen, sondern auch viele viele Menschen, die oft genug von sich selbst sagen, sie kümmern sich nicht um Politik. Ist bei den einen der Grund des Trauerns und Entsetzens im Verlust des Repräsentanten einer Idee zu suchen, mit der sie sympathisieren, so dürfte das Motiv für die Trauer bei anderen in der Überlegung liegen, daß vielleicht auch ihre eigenen Ideen Schaden nehmen oder gar Schiffbruch erleiden können.

Nach der Ermordung des Präsidenten John F. Kennedy sah es vorübergehend so aus, als stehe die Welt des Fortschritts und der Kampf um die Sicherung des Friedens still. Nach der Ermordung von Martin Luther King hielt nicht nur das amerikanische Volk den Atem an; in der ganzen Welt befürchtete man wilde Ausschreitungen der durch diese ruchlose Tat zutiefst verletzten und gedemütigten Anhänger eines Apostels des Ausgleichs der Rassen. Jetzt, da Robert Kennedy zu Grabe getragen wird, jener Mann, von dem wohl viele Amerikaner meinten, er werde kraftvoll das Werk seines ermordeten Bruders fortsetzen, ist wieder so ein Augenblick gekommen, da Millionen Menschen sich fragen, ob die Mächte der Finsternis nicht stärker sind als die Kräfte der Moral und der Vernunft.

So widersprüchlich es klingen mag: Gerade in diesen Tagen der tiefsten Erschütterung könnte der Keim zu dem Voratz gelegt werden, nun endlich ernsthaft den notwendigen Kampf um die großen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen aufzunehmen, die Männer wie John F. Kennedy, Martin Luther King und Robert Kennedy nicht fortsetzen konnten. Alles, was die Brüder Kennedy wollten, was ein Martin Luther King zu erreichen strebte, steht heute mehr denn je auf der Tagesordnung menschlichen Bemühens. Und das nicht nur in den Vereinigten Staaten! Wir alle sind aufgerufen, unseren Verstand zu gebrauchen: Weder Revolverkugeln noch Panzer und Raketen, weder Drohungen mit Gewalt noch die Gewalt selbst können die Lösung jener Probleme bringen und können jenen Ideen zum Sieg verhelfen, in deren Dienst die Brüder Kennedy und Martin Luther King gefallen sind. In dieser oder jener Form stehen heute auf der ganzen Welt die gleichen Probleme an. Es sind dies der Widerspruch zwischen Arm und Reich, der Widerspruch zwischen Worten und Taten und nicht zuletzt der Widerspruch zwischen dem, was eine hochentwickelte industrialisierte Welt zu leisten vermag und dem, was sie tatsächlich tut.

Herr Heck und sein "begrenzter Konflikt"

Von Frank Sommer, Sprecher des Vorstandes der SPD

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat am Mittwoch vor der Bundespressekonferenz darauf hingewiesen, daß manches in der Koalition nicht zügig genug gehe, manches zu lange liegen bleibe. Er fügte hinzu, das hänge wohl auch damit zusammen, daß es nicht immer leicht sei, in der CDU/CSU rasch genug zu einheitlichen Auffassungen zu kommen.

Jeder objektive Beobachter wird Brandt in dieser Feststellung nur Recht geben können. Die Bevölkerung erwartet von der Großen Koalition, daß sie die verabredeten Aufgaben entschlossen anpackt und am Stichtag im Jahre 1969 - nämlich bei den Bundestagswahlen - überzeugende Lösungen vorzuweisen hat. In einem Brief, der dem Bundeskanzler heute überreicht wird, hat der SPD-Vorsitzende zusammengestellt, welche Aufgaben nach Meinung der SPD vordringlich angegangen werden müssen.

Der CDU-Generalsekretär Heck, hat es leider für nötig befunden, zu den Feststellungen, die Willy Brandt auf seiner Pressekonferenz getroffen hat, in der Donnerstag-Ausgabe des "Deutschland-Union-Dienstes" einige unangebrachte und höchst überflüssige Bemerkungen zu machen. So behauptete er, Brandt sei "wohl auf der Suche nach dem begrenzten Konflikt".

Offenbar ist Herr Heck so stark einem rein parteitaktischen Denken verhaftet, daß er objektive Feststellungen und sachliche Anmerkungen zu einer gedeihlicheren Arbeit der Regierung mit "Konflikt-Suche" verwechselt. Das ist bedauerlich. Herr Heck ist Mitglied der Bundesregierung. Es würde ihm gut anstehen, sich auch seinerseits Gedanken darüber zu machen, wie die Arbeit dieser Regierung verbessert werden kann, anstatt derartig törichte Unterstellungen in die Welt zu setzen.

Es geht nicht um "Konflikte", sondern um überzeugende Erfolge dieser Bundesregierung. An solchen Erfolgen sollten beide Koalitionspartner interessiert sein - sollte man meinen. Deshalb wäre der CDU-Generalsekretär gut beraten, wenn er sich bei seinen Stellungnahmen etwas mehr Zurückhaltung auferlegte. Bis zum Wahlkampf ist noch eine gute Weile. Bis dahin wird diese Regierung noch ein ganzes Stück harte Arbeit zu leisten haben.

Erneutes Angebot zur Verständigung

Von Ernst Paul, MdB

Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-Gemeinde

Die Pfingsttreffen der Sudetendeutschen sind stets durch eine starke Beteiligung gekennzeichnet. Daß auch der sudetendeutsche Tag dieses Jahres in Stuttgart 350 000 Teilnehmer versammelte, ist demnach nicht besonders bemerkenswert. Beachtlicher ist schon, daß dieses Heimattreffen sich in voller Eintracht und in Mäßigkeit der politischen Aussage vollzogen hat. Da aber heutzutage in der Öffentlichkeit leider lieber Ausschreitungen kleiner Gruppen registriert werden als vernünftige Anregungen oder Parolen organisierter wirklicher Massenveranstaltungen, sei versucht, das Stuttgarter Treffen an dieser Stelle gerecht zu bewerten.

Die Sudetendeutschen sind oft mißverstanden worden und sie haben auch manchesmal selbst durch unklare Äußerungen dazu beigetragen. Es ist erfreulich, daß nun kein Anlaß zur Kritik gefunden werden kann, es sei denn, man unterstelle ihren verantwortlichen Repräsentanten böswillig üble Absichten. Daß auch die Sudetendeutschen ihre Heimat nicht vergessen können, sollte von den Rheinländern, Norddeutschen und Süddeutschen, die ihre Heimat lieben, verstanden werden.

Auf dem Pfingsttreffen der Sudetendeutschen wurde das Angebot an das tschechische und slowakische Volk zur Aussöhnung und Verständigung erneuert. Dieses Angebot ist ernst gemeint und es sollte auch ernst genommen werden. Man sollte auch damit Schluß machen, Menschen, die für den Frieden eintreten, als "Revanchisten" zu diffamieren.

Was heute in der Tschechoslowakei vorgeht, schafft für ernsthafte Gespräche zwischen Tschechen und Sudetendeutschen eine gute Grundlage. Der "Tschechoslowakismus" ist tot. Die vor allen von Beneš vertretene Fiktion, es gäbe ein "tschechoslowakisches" Volk, ist von der Entwicklung widerlegt worden. Die Slowaken, später als andere europäische Völker zur Eigenständigkeit erwacht, haben sich ihre nationale Selbstverwaltung erkämpft und wollen die UdSSR in ei-

nen Föderativstaat umgestalten. Auch den nationalen Minderheiten sollen in der Bewahrung ihrer Sprache und Kultur weitgehende Rechte zubilligt werden. Diese Entwicklung verdient eine ernsthafte Beachtung und eine positive Bewertung. Die Kenner wissen, daß es sich dabei um die Anwendung der von Karl Renner und Josef Seliger ausgeformten und vertretenen Grundsätze sozialdemokratischer Nationalitätenpolitik handelt. Aber es kommt nicht auf die Feststellung des Erstgeburtsrechtes an, sondern auf Zeit und Form der Verwirklichung guter Gedanken. Wie sehr es zu bedauern ist, daß die erste tschechoslowakische Republik nicht darauf aufgebaut wurde, kann allerdings nicht verschwiegen werden.

In weiten Kreisen der Tschechoslowakei ist die Ansicht verbreitet, daß die Vertreibung der Sudetendeutschen ein Fehler gewesen ist. Der enteignete Besitz war rasch verschleudert und die vertriebenen fähigen Hände und Hirne konnten nicht ersetzt werden. In den unwirtschaftlichen Teilen des Sudetengebietes gibt es verstepptes Ackerland und verfallene Dörfer. Kann man es auf die Dauer vor der Welt wie vor dem eigenen Volk verantworten, daß die einst so reiche Republik im Herzen Europas geradezu zu einem förderungsbedürftigen Entwicklungsland geworden ist? Auch imposante Neusiedlungen und repräsentative Industrieanlagen vermögen über diesen Widersinn nicht hinwegzutäuschen.

Die Sudetendeutschen, das kam in Stuttgart deutlich zum Ausdruck, sind bereit, mit den verantwortlichen Persönlichkeiten jenseits des Böhmerwaldes über die Bewältigung der Vergangenheit und die Gestaltung der Zukunft zu sprechen. Daß sie auch dabei sein wollen, wenn die Bundesrepublik mit der UdSSR im Gespräch ist, sollte vor allem von jenen verstanden werden, die wissen, daß gerade diese Volksgruppe in ihrer langen Geschichte - wenn man von der nicht im Sudetenland erfundenen Hitlerherrschaft absieht - nie ein Zankapfel, sondern stets ein Mittler zwischen Slawen und Binnendeutschen gewesen ist. Es gibt, wie mit Recht auch in Stuttgart betont worden ist, keine "Erbfeindschaft" zwischen den Tschechen und den Sudetendeutschen. Die Beispiele fruchtbarer Zusammenarbeit und friedlichen Wettbewerbs sind zahlreicher und überzeugender als die der Gegensätze und des Mißverstehens. - Es wäre sehr zu bedauern, wenn diese betonte Bereitschaft zum Gespräch über alle Probleme unbeachtet bliebe. Man soll, das lehrt die Geschichte, niemals eine ausgestreckte Hand zurückweisen.

I s r a e l

Der Kibbuz dringt in die Industrie vor

Von unseren Korrespondenten in Israel, J.E. Falmon

Der Kibbuz, in der Welt als genossenschaftliche Siedlung eigener israelischer Prägung bekannt, beginnt sein Gesicht zu wandeln. Immer mehr Industriebetriebe werden in Kibbuzim gegründet und im Rahmen des Aufschwunges der Metallindustrie Israels spielt der Kibbuz-Sektor eine ganz wesentliche Rolle.

In den Jahren 1961 bis 1967 ist der Wert der landwirtschaftlichen Produktion in den Kibbuzim beträchtlich gewachsen. Auf vielen Gebieten wurde dank Bewässerung und Mechanisierung schon ein Sättigungspunkt erreicht, und die Kibbuzim arbeiten ständig am Rande von Überproduktionskrisen. Dabei ist die Zahl der Beschäftigten in diesen landwirtschaftlichen Siedlungen von 28 000 im Jahre 1961 auf 109 000 im Jahre 1967 zurückgegangen, und sie wird noch weiter sinken, da viele Funktionen des Menschen von der Maschine übernommen werden. Es fehlt daher an produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten für die junge Generation. Der Kibbuz möchte natürlich seine Jungen nicht verlieren, außerdem sucht er nach neuen Gewinnquellen. So nimmt die Industrialisierung, die zuerst versuchsweise, schüchtern erfolgte, immer mehr zu. Im Laufe der Jahre sind über 140 Kibbuz-Fabriken entstanden, zu denen 20 Erholungsheime hinzukommen, in die Außenstehende (auch ausländische Gäste) aufgenommen werden und die als "Touristik-Industrie" angesehen werden.

In den ersten Jahren der Arbeit hatten die Kibbuzbetriebe mit schwierigen Problemen der Betriebsführung zu ringen. Es mußten erst die notwendigen Erfahrungen gesammelt werden, aber diese Kinderkrankheiten gehören der Geschichte an. Es gibt Fabriken in den Kibbuzim, in denen man die Fragen der Produktionssteigerung und Wirtschaftlichkeit zufriedenstellend lösen konnte. Der amerikanische Professor Millman von der Columbia Universität in New York, der die Probleme der Kibbuz-Industrie analysierte, kam zu dem Ergebnis, daß die Produktivität des Kapitals in der Kibbuz-Fabrik höher ist als im privaten Betrieb. Die Produktivität pro Arbeitsstunde erreicht 3,5 Dollar gegenüber drei Dollar im privaten Sektor. Die Verwaltungskosten sind geringer als in der Privatindustrie (um etwa zehn Prozent), und der Reingewinn pro Arbeiter beläuft sich auf 580 Dollar gegenüber 400 Dollar im privaten Unternehmen.

Die Einsatzbereitschaft der Kibbuz-Mitglieder spielt hier eine wesentliche Rolle. Junge Kibbuz-Mitglieder wurden im israelischen Technion in Haifa zu Ingenieuren ausgebildet, und diese Fachleute stehen heute der Kibbuz-Fabrik zu den gleichen Bedingungen wie alle anderen Kibbuz-Mitglieder zur Verfügung. Dadurch sind die Personalkosten geringer. Außerdem werden die Fabriken meistens nicht als besondere Gesellschaften, sondern als Wirtschaftszweig in der allgemeinen Rechnung des Kibbuz - ohne einen besonderen Verwaltungsapparat - geführt. Dies vereinfacht die Arbeit und vertilligt sie weiter. Hat ein Kibbuz ein fähiges Mitglied entdeckt, das die Geschäfte der Fabrik führen kann, so läßt man diesen "Chawer" (Genossen) meist ziemlich freie Hand. So erwachsen - so seltsam es klingt - Unternehmer-

persönlichkeiten in solchen Fabriken, die allein Direktiven geben können und die nur jährlich dem Sekretariat und der Kibbuz-Versammlung gegenüber verantwortlich sind. Manche dieser Direktoren können es an Fähigkeit ohne weiteres mit Geschäftsführern großer privatwirtschaftlicher Gesellschaften aufnehmen und haben die von ihnen geleiteten Betriebe erfolgreich entwickeln können.

An der Spitze der Metallfabrik des Kibbuz Netzer-Sereni (unweit von Tel Aviv) steht z.B. ein solcher "selfmademan", der "sein" Unternehmen aus einer kleinen Werkstatt zu einer großen Fabrik entwickelt hat, die heute Teile von Autobussen, Semi-Trailer, gewisse für das israelische Verteidigungsministerium wichtige Autotypen und Feldküchen herstellt. Feldküchen wurden übrigens in großem Umfang auch ins Ausland exportiert. Der Direktor dieser Fabrik, Ahron Bacia, könnte ohne weiteres noch 250 Arbeiter beschäftigen. Da sie nicht zu bekommen sind, hat er gewisse Arbeiten an andere Kibbuz-Fabriken vergeben (heute schon fast 30), die für ihn als Subkontraktoren arbeiten. Außerdem gibt es eine ständige Kooperation mit den privatwirtschaftlich geführten Werk für Zusammensetzung von Autobussen "Leyland". Die verschiedenartige Organisation und gesellschaftliche "Herkunft" der Unternehmungen stört in keiner Weise die Zusammenarbeit, die sich für beide Teile als sehr nützlich erwiesen hat.

Auch auf anderen Gebieten sind Kibbuzim erfolgreich tätig: Im Kibbuz Naan, der vor fast 40 Jahren unter Beteiligung von jüdischen Jugendlichen aus Deutschland gegründet wurde, werden vor allen Beregnungsanlagen für die Landwirtschaft hergestellt. Diese Fabrik hat große Mengen ihrer "Produkte" dank eines tüchtigen Direktors (der natürlich auch Kibbuz-Mitglied ist), nach den Vereinigten Staaten exportieren können. Der Kibbuz Afikim verfügte über eine der größten Holz- und Möbelfabriken des Landes, die jedoch in ihrer Produktion im Moment durch einen großen Brand beeinträchtigt ist. Die Fabrik "Omer" im Kibbuz Hazor stellt auch Bewässerungsanlagen her, die nach den USA exportiert werden, da Israel sie weit billiger als die Vereinigten Staaten liefern kann. In anderen Kibbuzim gibt es Plastik- und Möbelfabriken. Im Vordergrund stehen jedoch Metallbetriebe, die heute zum großen Teil für das Verteidigungsministerium arbeiten.

In den Kibbuzim gab es vor Jahren eine große Debatte über die Frage der Beschäftigung von außenstehenden Lohnarbeitern. Diese sollten abgebaut werden, da man es vermeiden wollte, daß die Kibbuzmitglieder den Arbeitern als "Arbeitgeber" und "Klassengegner" gegenüberstehen. Heute, da es um national wichtige Arbeiten geht, werden jedoch alle diese Bedenken zurückgestellt. Die Kibbuz-Fabriken haben wieder außenstehende Arbeiter genommen und damit auch einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit geleistet.

Die Wirtschaftsbetriebe der Kibbuzim sind in einem besonderen Industrieverband zusammengeschlossen, der ihre Interessen gegenüber der Regierung vertritt und für sie Kredite zu günstigen Bedingungen zu beschaffen versucht. Angesichts der Industriekonjunktur in Israel steht die Gründung weiterer Kibbuz-Unternehmungen bevor. Der Faktor Industrie wird in den Kibbuzim eine immer wichtigere Rolle spielen.